

RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE. ABKOMMEN ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT UND GEGENSEITIGE HILFE IN ZOLLFRAGEN (VOM 5. JULI 1962)

Die Abkommenspartner haben, von dem Bestreben geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen auch durch die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens weiter zu entwickeln und zu festigen, beschlossen, das vorliegende Abkommen abzuschließen, und haben zu diesem Zwecke die Unterzeichneten zu ihren Bevollmächtigten ernannt, die nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgendes übereingekommen sind:

Artikel 1

Die Abkommenspartner werden zum Zwecke der umfassenden Gewährleistung der Kontrolle über die Einhaltung der Zoll- und Devisenbestimmungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens sowie zum Zwecke der Schaffung maximaler Erleichterungen im Güter-, Reise- und Postverkehr zwischen diesen Staaten allseitig zusammenarbeiten und einander die erforderliche Hilfe in Zollfragen gewähren.

Artikel 2

(1) Um die in dem vorliegenden Abkommen vorgesehenen Ziele zu erreichen, werden die Abkommenspartner alle notwendigen Maßnahmen treffen, die auf eine Beschleunigung der Zollkontrolle im Güter-, Reise- und Postverkehr, auf eine Vervollkommnung der Formen und Methoden dieser Kontrolle sowie auf eine Verhinderung ungesetzlicher Ein-, Aus- oder Durchfuhren von Transportmitteln, Gütern, Reisegepäck, Postsendungen, Devisen, anderen Zahlungsmitteln und Devisenwerten gerichtet sind, um eine mögliche Schädigung der wirtschaftlichen und anderen Interessen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens zu vermeiden.

(2) Jeder der Abkommenspartner gewährleistet die Durchführung der Zollkontrolle Güter-, Reise- und Postverkehr nicht nur im Interesse seines Staates, sondern auch im Interesse der anderen Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens.

Artikel 3

Die Abkommenspartner gewährleisten,

a) daß den Transportmitteln, den Gütern, dem Reisegepäck, den Postsendungen, den Devisen, anderen Zahlungsmitteln und Devisenwerten, die über die Grenze befördert werden, die den Zoll- und Devisenbestimmungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens entsprechenden Dokumente für den Güter-, Reise- und Postverkehr beigelegt sind,

b) daß Transportmittel, Güter, Reisegepäck und Postsendungen, die im Transitverkehr vom Gebiete eines Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens durch das Gebiet eines anderen Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens befördert werden, in der Regel nur einer äußeren Zollkontrolle unterzogen werden. Falls es erforderlich ist, kann, wenn es die Gesetzgebung eines Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens zuläßt, aus Gründen der Sicherheit, der Hygiene oder aus anderen wichtigen Gründen deren vollständige oder teilweise innere Zollkontrolle erfolgen.

Artikel 4

Die zuständigen Organe der Abkommenspartner erkennen gegenseitig die verwendeten Zolldokumente, Zollplomben, Siegel und amtlichen Kennzeichen auf den Transportmitteln, Gütern und Postsendungen an. Sie können auch die Plomben und Siegel von staatlichen Speditions- und Transportorganisationen an Transportmitteln gegenseitig anerkennen.

Artikel 5

Die zuständigen Organe der Abkommenspartner treffen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen, die darauf gerichtet sind,

- a) die Abfertigung von Touristen- und Erholungsgruppen sowie Sportdelegationen zu vereinfachen,
- b) die Zollkontrolle im Reiseverkehr während der Fahrt der Transportmittel durchzuführen,
- c) die Zollbestimmungen insbesondere hinsichtlich der Menge der Gegenstände, die im grenzüberschreitenden Verkehr von Personen mitgeführt werden dürfen, und hinsichtlich der Menge der Gegenstände, die im Postverkehr zugelassen sind, schrittweise zu vereinheitlichen,
- d) einheitliche Zolldokumente auszuarbeiten, zu verwenden und zu vereinfachen,
- e) die Zollbegünstigungen anzugleichen, die den Bürgern eines der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens, die auf dem Gebiet eines anderen Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens arbeiten, gewährt werden.

Artikel 6

Die zuständigen Organe der interessierten Abkommenspartner können, wenn sie es für möglich und zweckmäßig halten, auf der Grundlage einer zwischen ihnen getroffenen Vereinbarung

- a) gemeinsame Dienste ihrer Zoll- und anderen Kontrollorgane auf dem Gebiete eines der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens, darunter auch die Zollkontrolle im Reiseverkehr während der Fahrt der Transportmittel auf dem Gebiete des Nachbarstaates, durchführen. Die genannten Organe werden ihre Funktionen auf dem Gebiete des anderen Staates gemäß den gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ihres Staates ausüben. Ihre Handlungen werden dieselben rechtlich Folgen haben wie bei der Ausübung des Dienstes auf dem Gebiete ihres Staates,
- b) eine einseitige Zollkontrolle der Güter, des Reisegepäcks und der Postsendungen durchführen.

Artikel 7

(1) Die Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens treffen gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung von Verletzungen der Zoll- und Devisenbestimmungen, die in diesen Staaten gültig sind.

(2) Zu diesem Zwecke werden sie

- a) die Bürger ihrer Staaten, die ins Ausland reisen oder Postsendungen verschicken, über die hauptsächlichen Zoll- und Devisenbestimmungen desjenigen Teilnehmer Staates des

vorliegenden Abkommens, den diese Bürger besuchen, dessen Gebiet sie durchreisen oder in dessen Gebiet sie Postsendungen verschicken, sowie über die Folgen einer Nichteinhaltung dieser Bestimmungen informieren,

b) den interessierten Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens die ihnen zur Verfügung stehenden Angaben übermitteln, die zur Aufklärung oder zur Bekämpfung von Verletzungen der in diesen Staaten gültigen Zoll- und Devisenbestimmungen beitragen können,

c) sich gegenseitige Hilfe bei der Durchführung der Kontrolle des Verkehrs von Transportmitteln, Gütern, Reisegepäck, Postsendungen, Devisen, anderen Zahlungsmitteln und Devisenwerten sowie bei der Bekämpfung von Verletzungen der Zoll- und Devisenbestimmungen erweisen.

Artikel 8

(1) Transportmittel, Güter, Reisegepäck, Postsendungen, Devisen, andere Zahlungsmittel und Devisenwerte, die aus dem Gebiete eines Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens in das Gebiet eines anderen Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens ungesetzlich eingeführt werden, werden nach den gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften des Staates behandelt, auf dessen Gebiet sich die genannten Gegenstände befinden. Die Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens werden jedoch einander die in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen

a) Gegenstände, die vom Gebiete eines Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens in das Gebiet eines anderen Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens ungesetzlich eingeführt wurden, wenn sie auf dem Gebiete des Staates, aus dem diese Gegenstände ausgeführt wurden, im Ergebnis strafbarer Handlungen erlangt worden sind,

b) Gegenstände von besonderem historischen oder künstlerischen Wert, wenn sie unter Umgehung der Zoll-, Devisen- und anderen Bestimmungen über die Grenzen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens transportiert wurden,

aushändigen.

(2) Die Aushändigung der im Absatz I Buchstaben a und b dieses Artikels genannten Gegenstände wird nur auf Antrag einer interessierten Zollverwaltung eines Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens durchgeführt.

(3) Die Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens werden ebenfalls

a) den interessierten Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens über Verletzungen der Zoll- und Devisenbestimmungen, die die Beförderung von Transportmitteln, Gütern, Reisegepäck, Postsendungen, Devisen, anderen Zahlungsmitteln und Devisenwerten im grenzüberschreitenden Verkehr betreffen und durch Personen begangen wurden, die auf dem Gebiete eines Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens wohnen, Mitteilung machen,

b) auf Bitte der interessierten Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens andere Handlungen durchführen, die der Bekämpfung von Verletzungen der

Zoll- und Devisenbestimmungen dienen, die die Beförderung von Transportmitteln, Gütern, Reisegepäck, Postsendungen, Devisen, anderen Zahlungsmitteln und Devisenwerten im grenzüberschreitenden Verkehr betreffen, wenn die Gesetzgebung des Teilnehmerstaates des vorliegenden Abkommens, an dessen Zollverwaltung die Bitte zur Durchführung derartiger Handlungen gerichtet wurde, solche Handlungen zulässt.

Artikel 9

(1) Die Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens werden den Mitarbeitern des Zollwesens systematisch Kenntnisse über die gesetzlichen Bestimmungen und Dienstvorschriften der anderen Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens zu Zollfragen vermitteln, deren Einhaltung die Zollorgane bei der Durchführung des vorliegenden Abkommens zu kontrollieren haben.

(2) Zu diesem Zwecke tauschen die Zollverwaltungen die Texte der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Dienstvorschriften zu Zollfragen sowie die für den grenzüberschreitenden Güter-, Reise- und Postverkehr gültigen Zollvordrucke aus.

(3) Die Zollverwaltungen teilen sich Veränderungen und Ergänzungen der im Absatz 2 dieses Artikels genannten gesetzlichen Bestimmungen, Dienstvorschriften und Zollvordrucke rechtzeitig mit.

Artikel 10

Die Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens unterhalten in schriftlicher oder mündlicher Form einen systematischen und möglichst umfassenden Erfahrungsaustausch über die Durchführung des vorliegenden Abkommens.

Artikel 11

(1) Die zuständigen Organe der Abkommenspartner können zur Verwirklichung der in dem vorliegenden Abkommen enthaltenen Ziele und Grundsätze untereinander Vereinbarungen zu speziellen Fragen treffen.

(2) Die Zollverwaltungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens haben die Fragen zu lösen, die die Durchführung des vorliegenden Abkommens betreffen. Bei der Lösung dieser Fragen sowie bei der Gewährung der gegenseitigen Hilfe treten die Zollverwaltungen grundsätzlich unmittelbar miteinander in Verbindung.

Artikel 12

Die Zollverwaltungen und Zollorgane der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens gewähren einander die gegenseitige Hilfe unentgeltlich.

Artikel 13

(1) Änderungen oder Ergänzungen des vorliegenden Abkommens können nur mit dem Einverständnis aller Abkommenspartner vorgenommen werden. Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge werden dem Depositär des Abkommens mitgeteilt, der sie nach ihrem Eingang innerhalb von 30 Tagen allen Abkommenspartnern zuleitet. Die Entscheidungen der Abkommenspartner über einen Änderungs- oder Ergänzungsvorschlag sind dem Depositär innerhalb von 60 Tagen nach Eingang eines solchen Vorschlages mitzuteilen.

(2) Jede Änderung oder Ergänzung tritt nach Ablauf von 90 Tagen, gerechnet vom Tage des Einganges der letzten Einverständniserklärung mit der vorgeschlagenen Änderung oder Ergänzung beim Depositär, in Kraft.

Artikel 14

(1) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifizierung oder der Bestätigung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens.

(2) Die Ratifikationsurkunden oder die Dokumente über die Bestätigungen des vorliegenden Abkommens werden bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hinterlegt, die der Depositär des vorliegenden Abkommens ist.

(3) Das vorliegende Abkommen tritt 90 Tage nach Hinterlegung der dritten Ratifikationsurkunde oder des Dokumentes über die Bestätigung des vorliegenden Abkommens beim Depositär in Kraft. Für die übrigen Abkommenspartner tritt das vorliegende Abkommen 90 Tage nach Übergabe der Ratifikationsurkunde oder des Dokuments über die Bestätigung des Abkommens an den Depositär in Kraft.

Artikel 15

(1) Dem vorliegenden Abkommen können mit Einverständnis aller Abkommenspartner Regierungen anderer interessierter Staaten beitreten. Die Erklärung über den Beitritt ist dem Depositär des vorliegenden Abkommens zu übergeben.

(2) Das Abkommen tritt für die Regierung des beitretenden Staates nach Ablauf von 90 Tagen, gerechnet vom Tage des Einganges der letzten Einverständniserklärung der Teilnehmerstaaten des vorliegenden Abkommens zum Beitritt bei dem Depositär des vorliegenden Abkommens, in Kraft.

Artikel 16

Jeder der Abkommenspartner kann das vorliegende Abkommen durch schriftliche Benachrichtigung des Depositärs des vorliegenden Abkommens kündigen. Das Abkommen tritt für einen solchen Abkommenspartner 1 Jahr nach Eingang der Benachrichtigung über die Kündigung bei dem Depositär außer Kraft.

Artikel 17

Der Depositär des vorliegenden Abkommens wird die Abkommenspartner über das Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden oder der Dokumente über die Bestätigung des vorliegenden Abkommens, über das Datum des Inkrafttretens des Abkommens für die Regierungen der beigetretenen Staaten, über das Inkrafttreten von Änderungen oder Ergänzungen, die in vorliegendem Abkommen vorgenommen wurden, sowie über die Kündigung des vorliegenden Abkommens seitens eines Abkommenspartners informieren. Der Depositär wird den Abkommenspartnern des vorliegenden Abkommens in gehöriger Weise beglaubigte Abschriften des Abkommens übergeben.

Artikel 18

Das vorliegende Abkommen ist in einem Exemplar in deutscher und russischer Sprache ausgefertigt, wobei beide Texte in gleichem Maße gültig sind.

Das Abkommen wird bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hinterlegt.

Ausgefertigt in Berlin, am 5. Juli 1962

[Quelle: Uschakow, Alexander: Integration im RGW (COMECON). Dokumente, Baden-Baden 1983, S.728-733.]